



STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag DIE-LINKE.-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2019/1257
	Verantwortlich:	Dez. 6
Maßnahmenkatalog zur Risikominimierung bei Großprojekten		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	10.12.2019	28	x	

Kurzfassung

Für die Entwicklung, Planung und Durchführung von städtischen Bauprojekten gibt es bereits Abläufe zur Risikominimierung. Es wird geprüft, inwieweit sie im Sinne der Antragsteller ergänzt werden können.

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu			
IQ-relevant		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Die Stadt leistet mit den seit Jahren etablierten verwaltungsinternen Regeln und Verfahren einen erheblichen Beitrag zur Risikominimierung bei Bauprojekten. Sie berücksichtigen bereits zahlreiche Maßnahmen, die die Reformkommission Bau von Großprojekten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in ihrem Endbericht benannt hat.

Eine Auswertung von Projekten über 500.000 € aus den Doppelhaushalten 2015/2016 und 2017/2018 hat gezeigt, dass von 91 Projekten lediglich 10 Abweichungen von über 10% gegenüber der Ursprungsplanung hatten (Termine, Kosten, Inhalte).

Die Verwaltung schlägt vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen. Dort sollen die einzelnen Schritte vorgestellt und weitere Optimierungen beraten werden.